



Spitzengagen für österreichische Manager gibt es bei der OMV, bei der Ersten Bank und der Andritz AG. Die Chefs bekommen zwischen 1,13 und 2,8 Millionen Euro pro Jahr. Eine Studie der Arbeiterkammer ergab, dass das 35-fache eines Durchschnittsgehaltes keine Seltenheit ist!

OMV, Sparkasse

# Manager kassieren

in der OMV, bei der Andritz AG, in der Ersten Bank, Vest Alpine und RHI. Die durchschnittlichen Gagen bewegen sich hier zwischen 1,13 Millionen und 2,8 Millionen Euro. Am unteren Ende der Skala rangieren der Flughafen Wien oder die Energieversorgung Niederösterreich, wo sich die Chefs mit rund 320.000 Euro pro Vorstandsmitglied „begnügen“ müssen.

## So kann es nicht weitergehen

Für die Arbeiterkammer wird „die Schieflage bei den Einkommen immer schlimmer. Die Gagen der Top-Manager sind von denen ihrer Mitarbeiter völlig abgekoppelt“. So würden bei der teilweise im Staatsbesitz befindlichen OMV rund elf Millionen Euro für vier Vorstandsmit-

glieder aufgewendet, wovon sieben Millionen Euro durch steuerschonende Aktienoptionen bezahlt würden.

Dass es so nicht weitergehen kann, meinen sogar – man lese und staune – so manche Manager selbst. Wie etwa Böhler-Uddelholm-Chef Clais Raidl, der in der Kleinen Zeitung meinte, dass es Grenzen für Gehälter geben müsste. „Der Kapitalismus wird nur überleben, wenn es gelingt, die Verteilungsfrage zu entschärfen“, so Raidl, der selbst das 22-fache seiner Böhler-Hackler bekommt.

Geht es nach der KPÖ, muss eine Reichensteuer für die Euro-Millionäre her, um etwas mehr Gerechtigkeit bei den Einkommen zu ermöglichen. Die Steuerfreiheit für Stiftungen sollte abgeschafft werden. – Siehe auch unsere Umfrage auf Seite 24.

## MEINUNG

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr:

### Hitzige Debatten um die Altenpflege



foto furgler

Schade, dass gerade Wahlkampf ist. Ich fürchte nämlich, dass die hitzige Diskussion um die Probleme bei der Pflege älterer und behinderter Menschen ausgeht wie das Hornberger Schießen.

Vor der Wahl rauchen die Köpfe der Parteistrategen und man macht schöne Papiere. Nach der Wahl setzt man den Rechenstift an und wälzt die Kosten für die Pflege einseitig auf die Angehörigen ab. Das ist schon jetzt so.

Und während anderswo die Milliarden fließen und einige Wenige nicht mehr wissen, wohin mit dem Reichtum, kann das Leid eines nahen Verwandten die Lebensverhältnisse der Familie negativ beeinflussen oder diese gar in existenzielle Probleme stürzen.

Jetzt redet man von Pflegeversicherung und von Pflegefonds. Ich meine, dass es eine Aufgabe der Gesellschaft ist, für einen würdigen Lebensabend aller Menschen zu sorgen.

Man muss in den Budgets Vorsorge dafür treffen und darf nicht den Menschen Versicherungsmodelle aufschwätzen, von denen in erster Linie die Versicherungsgesellschaften profitieren.

Und man darf auch nicht mit dem Finger auf die Angehörigen zeigen, die jetzt mit der Verpflichtung von Pflegerinnen aus der Slowakei oder Tschechien einen persönlichen Ausweg aus diesem Dilemma gefunden haben.

Auf keinen Fall darf man Aneue Belastungen für die Allgemeinheit erfinden. Ich befürchte nämlich, dass nach der Wahl Vorstöße wie der nach einer Pflegeversicherung für Kinderlose ganz plötzlich aktuell werden. Diese neuen Belastungen müssen wir gemeinsam verhindern. Das ist die Haltung der KPÖ in der Steiermark.

Ihre Stadträtin Elke Kahr  
Tel. 872 2060  
[elke.kahr@stadt.graz.at](mailto:elke.kahr@stadt.graz.at)

## KLEIN, ABER MIT BISS



„Österreich, hier geht`s uns gut“, meint Kanzler Schüssel. Schaut aus, als hätte er nur mit Managern Kontakt...

## INHALT

Neuer Wasserspielplatz.....	4
Grünanger: Neues Wohnen, günstige Mieten .....	5
Eggenberger Bad vergammelt weiter .....	6/7
Tragödien am Arbeitsmarkt.....	8/9
Platzmangel in Spitälern .....	10
Die Türken und Graz .....	15
Das Volkshausfest .....	16/17
Aus den Grazer Bezirken .....	18/19
Glücksspiel schadet dem Lebensglück .....	20/21
Der Energiepreis-Wucher .....	21
Atomkraft Europa?.....	24